

Modernes Schulgesetz soll mehr Eigenverantwortung in die Hände der Schulen legen – und die notwendigen zusätzlichen Ressourcen bitte gleich mit !?

So oder ähnlich könnte man den Tenor der Vorträge und Diskussionen des Direktorentages am 23.09.2015 im altherwürdigen Schulhaus des Gymnasiums Burgstädt zusammen fassen.

Aber zunächst gilt ein herzlicher Dank der gastgebenden Schulleiterin Frau Frigge und ihrem „Schüler-Catering-Team“, die der Veranstaltung einen sehr angenehmen Rahmen gegeben haben.

Die Tagung stand also ganz im Zeichen der Frage, wie zukünftig die zunehmenden Aufgaben für sächsische Schulleiter im Dienste zweier Herren (Land und Kommune) bewältigt werden können. Als Redner geladen waren die Sächsische Staatsministerin für Kultus, Frau Brunhild Kurth, sowie Herr Dr. Alexander Thiele, seines Zeichens Staatsrechtler an der Universität Göttingen.

Die sächsische Staatsministerin für Kultus, Frau Kurth, war der Einladung der Vereinigung der Sächsischen Gymnasialdirektoren nach Burgstädt gern gefolgt – eine Einladung, die sie im Übrigen kaum ablehnen konnte, war sie doch selbst lange Zeit Schulleiterin des Gymnasiums Burgstädt.

„Das Gymnasium ist und bleibt eine tragende Säule des sächsischen Schulsystems“ So könnte man die Auftaktrede der Ministerin überschreiben. Gleich zu Beginn machte sie klar, dass weder die Schulart Gymnasium noch das „G8“ – in fast allen alten Bundesländern Gegenstand heißer Diskussionen – in Sachsen zur Disposition stehen.

Sie nahm Bezug auf den Start ins neue Schuljahr, nannte einige Zahlen aus dem Bereich Personaleinstellungen und Ruhestand mit Blick auf den Generationenwechsel in den Schulen und verkündete angesichts des wachsenden Bedarfs an Lehrkräften das Aussetzen der obligatorischen externen Evaluation der Schulen durch das Sächsische Bildungsinstitut.

Eindringlich reflektierte sie im Weiteren die enormen Herausforderungen, die durch die Flüchtlingsfamilien mit schulpflichtigen Kindern bereits jetzt vor allem von Grundschulen, in naher Zukunft aber von allen Schularten bewältigt werden müssen. In diesem Zusammenhang stellte sie weitere bedarfsorientierte Einstellungen in Aussicht. Auch machte sie deutlich, dass nur auf dem Fundament der Grundrechte eine Integration der Flüchtlinge gelingen kann und verurteilte erneut aufs Schärfste die Bedrohung von Schülern durch Mitglieder der „PEGIDA“- Bewegung am Montag, dem 21.09.2015.

Schließlich behandelte ihre Rede die Schulgesetznovelle, die unter anderem das Ziel hat, mehr Eigenverantwortung in die Hände der Schulen zu legen. An diesem Punkt wurden die Teilnehmer besonders hellhörig.

Denn häufig heißt mehr Eigenverantwortung mehr Aufwand und Kosten. Das kennt man schließlich von der Gesundheitsreform! So stellte Armin Asper, Vorsitzender des VSG, in der anschließenden Gesprächsrunde der Ministerin die Frage, ob es für zusätzliche Aufgaben auch zusätzliche Ressourcen geben werde? Schon jetzt sei zum Beispiel die Verwaltung der Taschenrechner – die Anschaffung wird nunmehr vom Schulträger finanziert - in die Hände der Schulen gelegt worden. Dies bedeutet

erheblichen Mehraufwand, für den es keine zusätzlichen Ressourcen gibt. Auf diese Diskussion wollte sich die Staatsministerin nicht einlassen, das sei Sache des Schulträgers und Schulen. Dieser Positionierung mochten die Teilnehmer nicht folgen und mahnten bessere Absprachen zwischen Land und Kommunen an, sodass die Schulen in zentralen Arbeitsbereichen nicht jede einzeln für sich mit dem Schulträger verhandeln müssen.

Im zweiten Vortrag des Tages von Dr. Alexander Thiele stand eben diese Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulträger im Vordergrund. Führt sie doch in vielen Fällen zu Häufung von Verantwortungsbereichen für Schulleiter, denen sie auch bei großzügiger Interpretation in ihrer Regelarbeitszeit nicht immer gerecht werden können.

Die niedersächsische Direktorenvereinigung hat gegen eine neue Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte der Landesregierung Niedersachsens eine Normenkontrollklage angestrengt. In diesem Verfahren hat Dr Thiele ein Rechtsgutachten erstellt, auf dessen Grundlage die Klage letztlich erfolgreich war und die neue Arbeitszeitverordnung für ungültig erklärt wurde.

Der Vortrag von Dr. Thiele hat die Teilnehmer der Tagung deutlich dafür sensibilisiert, dass sie nur dann zusätzliche Aufgaben an Lehrkräfte delegieren sollten, wenn sie auch Kompensation dafür anbieten können. Andererseits sollten die Schulleiter auch selbst sehr bewusst mit ihren eigenen Ressourcen umgehen.

Dr. Thiele reflektierte schließlich die Tatsache, dass in Niedersachsen insbesondere die Einführung eines sogenannte Schulgirokontos der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte. Soll heißen, die Verwaltung eines Schulgirokontos bedeutet erheblichen Mehraufwand, der nur durch zusätzliche Ressourcen bewältigt werden kann. Das ist in Niedersachsen offensichtlich nicht geschehen.

Im Ergebnis der Tagung bleibt festzuhalten, dass der VSG mit dieser Themenauswahl offensichtlich den Nerv seiner Mitglieder getroffen hat. Die Staatsministerin hat ihrerseits angeboten, die gute Kommunikation mit dem VSG besonders auch während des Gesetzgebungsprozesses der Schulgesetznovellierung fortzusetzen.

R. Tramm